bnr.de
blick nach rechts

29. Oktober 2009 | 26. Jahrgang | Ausgabe 22/2009

INHALT

RECHTE SZENE 2

„Rein frauliche Tätigkeiten“ 2

Die neue Vorsitzende der NPD-Frauenorganisationen RNF vertritt die völkisch-orthodoxe Linie. Kritik am Kurs oder an der Männerdominanz in der NPD ist da nicht zu erwarten.

Thüringer Verflechtungen 3

Mitglieder der „Burschenschaft Normannia zu Jena“ haben Kontakte zur rechtsextremen Szene oder sind selbst aktiv dabei.

Treffpunkt „Buy or Die“ 4

NPD-Veranstaltung in früherem Neonaziladen.

„Heldengedenktag“ 5

Das „Deutsche Rechtsbüro“ rät zu „Spontandemonstrationen“.

„Ruhm und Ehre“ 5

Rechtsextremer Aufmarsch in Halbe geplant – Behörden verhängen Auflagen.

SEITENBLICK 6

Prügel und Randale 6

Rechtsextreme „Fußballfans“ gehen immer wieder gewalttätig gegen gegnerische Gruppen oder Einzelpersonen vor. In manchen Fällen werden die Opfer auch schwer verletzt.

AUSLAND 7

Neue Allianzen 7

Der französische Front National und die ungarische Jobbik schließen sich mit kleinen rechtsextremen Parteien aus Belgien, Italien und Schweden zu einer „europäischen nationalen Bewegung“ zusammen.

Landesweite Großrazzia 8

Polizeiaktion gegen tschechische Neonazi-Szene.

DEMOKRATISCHE INITIATIVEN 9

Mit Sozialstaat gegen Rechts 9

Diskussionsveranstaltung in der Friedrich-Ebert-Stiftung zu Wirtschaftskrise und Rechtsextremismus.

BLICK IN DIE ZEITGESCHICHTE 10

KZ-Häftlinge als Pfand 10

Am 1. November 1944 – vor 65 Jahren – befahl Heinrich Himmer, die Gasmorde in Auschwitz einzustellen. Der SS-Chef suchte nach Möglichkeiten, seinen Kopf zu retten.

MELDUNGEN 11

„Rein frauliche Tätigkeiten"

Die neue Vorsitzende der NPD-Frauenorganisationen RNF vertritt die völkisch-orthodoxe Linie. Kritik am Kurs oder an der Männerdominanz in der NPD ist da nicht zu erwarten.

Als Gitta Schüßler, bis dahin Bundesvorsitzende des „Rings Nationaler Frauen" (RNF), im Juli das Handtuch warf, wurden ihr unfreundliche Kommentare hinterhergerufen: „Parteischädigend" habe sie sich verhalten, auch den RNF habe sie geschädigt. Sogar „feministische Ansichten" habe sie vertreten, attestierten Judith Rothe und Stella Hähnel, ihre kommissarischen Nachfolgerinnen an der Spitze der NPD-Frauenorganisation, der sächsischen Landtagsabgeordneten. Mit der Realität hatte der Vorwurf der Feminismus-Anwandlungen zwar nichts zu tun, aber kaum eine Anschuldigung dürfte eine NPD-Politikerin härter treffen.

Die neue Chefin des RNF dagegen läuft nicht Gefahr, modernistischer Abweichungen geziehen zu werden. Edda Schmidt (61), Mitte Oktober als neue Vorsitzende des RNF gewählt, ist eine NPD-Frau von vorgestern. Von 1968 bis in die 80er Jahre hinein war sie das erste Mal Mitglied der Partei, die sie wieder verließ, weil sie ihr nicht radikal genug erschien. Vor zehn Jahren trat sie der NPD erneut bei. 20 Jahre lang war sie außerdem nach eigenen Worten führend in der 1994 verbotenen „Wiking-Jugend" aktiv, nach Angaben des RNF als „Gaumädelführerin", in der Bundesführung zuständig für „Singen und Volkstanz" und zehn Jahre lang als Schriftleiterin des Verbandsblattes „Wikinger".

Ihrer Vorgängerin Schüßler war zum Verhängnis geworden, dass sie öffentlich die Männerdominanz in der NPD kritisiert hatte. Ihr konkreter Vorwurf, erhoben nach der Kommunalwahl in Mecklenburg-Vorpommern: Zwei gewählte NPD-Frauen seien zum Mandatsverzicht „veranlasst" worden, um Platz für männliche Bewerber zu schaffen. Das sei „Betrug am Wähler" und ein „innerparteilicher Skandal", rüffelte sie die NPD-Männer. Damit sei sie „eindeutig übers Ziel hinausgeschossen", musste Schüßler später einräumen. Doch da war es schon zu spät. Der RNF-Vorstand stimmte für einen von Hähnel gestellten Misstrauensantrag, und Schüßler räumte das Feld.

Als Motiv ihrer Ablösung vermutete sie allerdings nicht nur ihre vorlaute Kritik in diesem konkreten Fall. Sie stehe „frauenpolitisch wahrlich nicht für Feminismus und Emanzentum, aber auch nicht für die Vorstellung von der Frau als ‚Heimchen am Herd'", schrieb sie. „Genau in diese Richtung gehen aber die Vorstellungen einiger Frauen." Als reiner Häkelverein habe der RNF allerdings keine Zukunft. Schüßler stellte sich auf die Seite der Kritiker von Parteichef Voigt: „Es gibt in der NPD seit einiger Zeit weit über Sachsen hinaus Bemühungen, der NPD ein zukunftsgewandtes nationalistisches Profil zu verleihen – mit Gegenwartspolitik, die nicht die Schlachten von Gestern kämpft, sondern die Themen aufgreift, die den Menschen in Zeiten größter sozialer Not heute auf den Nägeln brennen." So gesehen wäre ihr Abgang auch eine Folge der Auseinandersetzungen zwischen Voigt und seinen Gegnern gewesen, was ihre RNF-internen Kritikerinnen freilich bestreiten.

Nun also Edda Schmidt als RNF-Chefin und – qua Amt – einzige Frau im Parteivorstand. Der RNF werde „sicher auch in Zukunft kein ‚Häkelverein' sein", sagt sie, um sofort hinzuzufügen, es schade Frauen sicher nicht, „auch hin und wieder zu rein fraulichen Tätigkeiten zurückzufinden". Im RNF- wie im baden-württembergischen NPD-Landesvorstand war die wegen Volksverhetzung vorbestrafte Autorin zweier Broschüren über Erntedank und Sonnenwende zuletzt für „Kultur und Brauchtum" zuständig – ein Bereich, den sie im neuen RNF-Vorstand gestärkt sehen möchte.

Nach ihrer Wahl wurden in einschlägigen Foren Zweifel laut, ob sie die richtige Frau zur richtigen Zeit am richtigen Ort sei. Schmidt stehe „nicht unbedingt für eine moderne, im 21. Jahrhundert angekommene Nationale Frauengruppe", meinte ein Diskussionsteilnehmer. Und ein anderer sorgte sich, durch ihre Wahl werde der Eindruck erweckt, die NPD wolle den RNF „in eine Art ‚Haus-Hof-Herd-Ideologie'-Truppe umbauen". Mit Schmidt, so ein Dritter, bringe man „pure, völkisch-orthodoxe Ideologie in Verbindung und sonst nichts". Das allerdings dürfte die NPD-Männer an der Spitze der Partei nicht weiter stören. Im Gegenteil. Denn Schmidt dürfte zweierlei garantieren: Von ihr ist keine Kritik am Kurs von Voigt zu erwarten – und selbst leise Kritik an der Männerdominanz in der NPD ebenfalls nicht.

Tomas Sager

Thüringer Verflechtungen

Mitglieder der „Burschenschaft Normannia zu Jena" haben Kontakte zur rechtsextremen Szene oder sind selbst aktiv dabei.

Autark, aktiv und hintergründig – so zeichnen sich die Neonazi-Strukturen in Thüringen seit Jahren aus. Oft sind wichtige Drahtzieher auf den ersten Blick nicht erkennbar und deren Verflechtungen ins bürgerliche Spektrum gut verschleiert. Radikale Tendenzen, Einflüsse von Freien Kräften oder NPD-Funktionären reichen in Universitätsstädten wie Jena nicht nur bis in Burschenschaftshäuser, sondern auch in Universitätskreise und angesehene Unternehmen.

Eine antifaschistische Initiative hat jetzt „den E-Mail-Verkehr" des wichtigen Hintergrundstrategen Nico Schneider aus Kahla öffentlich gemacht. Die Outing-Aktion offenbart Schneiders Einfluss innerhalb der Thüringer NPD und auf langjährige Strategen wie Ralf Wohlleben, auf Publikationen in der Szene, in die Reihen der „Burschenschaft Normannia zu Jena", zum „Infonetzwerk Thüringen" zum Erfurter „Stammtisch" sowie zur pseudo-weiblich initiierten „Free-Gender"-Homepage der rechten Aktivistin Mareike Bielefeld. Enge Kontakte bestehen demnach zwischen ihm und dem Liedermacher-Trio „Novus Ordo Mundi", die unter anderem beim „Fest der deutschen Jugend" in Arnstadt und bei der Kundgebung der „Autonomen Nationalisten" in Dortmund auftraten.

Der 23-jährige Auszubildende Schneider ist JN-Mitglied und schreibt oder redigiert eine Vielzahl neonazistischer Artikel. Er soll im Personalbereich einer mit den Stadtwerken kooperierenden Anlagenfirma arbeiten. Schneider, der einige Zeit im inzwischen geräumten „Braunen Haus" der NPD in Altlobeda gelebt haben soll, erfreut sich großer Sympathien. Eben diese Beliebtheit einzelner Neonazis oder Neonazistinnen auch außerhalb einzusetzen, gehört zur Strategie der Szene. Durch Akzeptanz und Verbürgerlichung können menschenverachtende Ideologien geschickt transportiert werden.

Dabei dürfte Nico Schneiders Auftreten nicht über sein neonazistisches Engagement hinwegtäuschen. Eine intensive kritische Auseinandersetzung ließ allerdings auch die Studentenzeitung „Unique" im Januar dieses Jahres vermissen. Deren Chefredakteur pflegte über ein wenig reflektiertes Interview mit der NPD hinaus Mailkontakt zu Schneider. Seinen Kontakt zur Szene soll der Nachwuchs-Journalist lapidar als „Neonazi-Selbsterfahrungstrip" bezeichnet haben. Ihn interessierten demnach das „Braune Haus" in Jena, aber auch die „Normannen", von Schneider schien er sich interne Informationen zu erhoffen. So erfuhr er Anfang Februar von einem geplanten „Bombenholocaust-Videoabend" bei der „Burschenschaft Normannia zu Jena". Der clevere Neonazi Schneider schien den Kontakt ebenfalls für seine Zwecke nutzen zu wollen. Davor erwehrte sich der „Unique"-Redakteur angeblich mit den halbherzigen Sätzen: „Ein bisschen muss ich die Illusion für mich ja noch aufrecht erhalten, ich würde freien und unabhängigen Journalismus betreiben".

Bundesbrüder mit „Heil" begrüßt

Tatsächlich werden politische Aktivitäten rechter Burschenschaften bundesweit oft relativiert oder heruntergespielt. Auch die 1999, nach der Abspaltung von der „Jenensia", gegründete „Burschenschaft Normannia zu Jena" konnte sich über zehn Jahre weitestgehend ungestört fühlen. Immer wieder gerieten einzelne Burschen ins Visier der Behörden, aber ihnen und dem seit 2002 genutzten Domizil in der Schleidenstraße wurde nur wenig überregionale Beachtung geschenkt. Vier Jahre später führten Proteste gegen die so genannte „Wilhelmsburg" zur Kündigung des Mietvertrages. Immer offener hatten einige der Normannen mit der Neonazi-Szene paktiert. Nicht nur deren Wahlspruch „In Treue fest" erinnert an die NS-Ideologie und den Schwur „In Treue fest zum Führer". Jenaer Normannen wie der aus Celle stammende Marco Reese begrüßen die Bundesbrüder auch schon mal mit „Heil!"

Im Februar 2009 wurde zum Mensurtag des „Waffenrings Halle-Leipzig" auf das Haus der „Germania Dresden" geladen. Da der „Anhieb" bereits auf den frühen Morgen gelegt wurde, hatten interessierte Bundesbrüder noch Zeit, am Trauermarsch von NPD und JLO zur Bombardierung Dresdens teilzunehmen.

Einige der jungen aktiven Normannen sind Multifunktionäre der rechten Szene. Marco Reese studiert evangelische Religionslehre und Latein auf Lehramt, nebenher schreibt er unter anderem für das NPD-Blatt „Deutsche Stimme" und die konservativ-rechte „Blaue Narzisse". Zudem führt er die „Jungen Witikonen e.V. im Witikobund" an und pflegt Kontakt zu „Nico aus dem Braunen Haus". Auch der 1979 geborene Normanne Marco T. aus Altenburg studiert auf Lehramt in Jena. Christian U. aus Frankfurt am Main ist Schriftführer der „Schlesischen Jugend", die bis zu deren Verbot der „Einheit Thüringen" der „Heimattreuen Deutschen Jugend" nahe stand. T. und U. gelten ebenfalls als Anhänger der „Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland".

Scharnier zwischen Burschen und NPD

Zu den „Alten Herren" der Burschenschaft Normannia Jena gehört Wilhelm T., der das kürzlich aufgegebene Verbindungshaus, die „Wilhelmsburg" in der Stadtmitte, zur Verfügung gestellt hatte. Der Jenaer Architekt hatte es 2002 von der Städtischen Wohnungsbaugesellschaft erworben und dem neu gegründeten Verein „Jenaische Burse e.V." zur Verfügung gestellt. Dieser Verein galt später als Scharnier zwischen Burschen, Republikanern, NPD und Freien Kräften. Auf den ehemals führenden Republikaner T. ist auch die Homepage der Normannen zugelassen. Früher pflegte T. Geschäftsbeziehungen zum ehemaligen Wehrsportchef Karl-Heinz Hoffmann, der in Kahla einige Häuser erworben oder renoviert hatte.

Alter Herr der Normannia ist ebenso der Coburger Peter Dehoust. Dehoust ist Mitherausgeber der rechtsextremen Monatszeitschrift „Nation&Europa", einem immer noch wichtigen Theorieorgan der Szene. Der 73-Jährige will der NPD seit rund 20 Jahren nicht mehr angehören.

Junge Aktive um Reese mobilisierten auch zu Geburtstagsgrüßen für einen anderen Alten Herrn: Der Diplom-Physiker Heinz-Joachim Sch. wurde im Februar 70 Jahre alt. Sch. war ehemals Landesvorsitzender der Republikaner in Thüringen. Weitere Normannen haben ihren Weg in die Wirtschaft gefunden wie ein Diplom-Kaufmann aus Hamburg oder der Geschäftsführer einer Metallbau-Firma aus dem Süden Thüringens. Kontakte und Verbindungen ins extrem rechte Lager scheinen auch sie wenig zu stören.

Andrea Röpke

Treffpunkt „Buy or Die"

NPD-Veranstaltung in früherem Neonaziladen.

Im Kreis Unna hatte Hans-Joachim Voß, der Vorsitzende des NPD-Kreisverbands für Unna und Hamm, in diesem Jahr des Öfteren Schwierigkeiten, seine allmonatlichen Veranstaltungen durchzuziehen. Einige Wirte mochten ihm von vornherein keine Räume überlassen, andere sprangen ab, nachdem sie erfuhren, wer sich bei ihnen einquartieren wollte. Auf der Suche nach Alternativen verfiel Voß auf Dortmund als Veranstaltungsort.

An der Rheinischen Straße am Rande der Innenstadt hatte einst der Neonaziladen „Buy or Die" sein Domizil. Den gibt es seit über vier Jahren nicht mehr, und auch das Nachfolgegeschäft namens „Donnerschlag" musste schließen. Doch einer aus der Truppe von Dortmunds „Autonomen Nationalisten" hat die alten „Buy or Die"-Räumlichkeiten Mitte des Jahres wieder angemietet. Als Ladenlokal können sie zwar nicht mehr dienen, wohl aber als Treffpunkt der örtlichen Szene – und jetzt auch als Veranstaltungsort der NPD. Immerhin bieten die Räume für Voß den großen Vorteil, dass er dort garantiert nicht vor die Tür gesetzt wird, da er für die Neonazis der Ruhrgebietsstadt regelmäßig gönnerhaft ins eigene Portemonnaie greift.

Auch um die Finanzen des Kreisverbandes scheint es nicht schlecht zu stehen. Diesmal ließ er für den Vortragsabend einen Referenten aus Österreich anreisen: Walter Marinovic. Der pensionierte Lateinlehrer des Jahrgangs 1929 referierte wiederholt bei deutschen Neonazi-Organisationen. Als Autor schrieb er nicht nur in der „Deutschen Stimme", in der er sich als „Ostmärker" bezeichnete, sondern auch in der „National-Zeitung" und in „Nation&Europa". Marinovic hatte daheim zuletzt vor einem halben Jahr für einen Skandal gesorgt, als ihm ein FPÖ-Abgeordneter anlässlich einer Buchvorstellung eine Auftrittsmöglichkeit im österreichischen Parlament verschaffte. Sein Thema dort wie nun auch in Dortmund: „Arminius befreite 09 Germanien von den Römern – wovon befreien wir uns 2000 Jahre danach?" In Wien war ihm zum Thema mit Blick auf die Gegenwart eingefallen: „Massenzuwanderung und Vermischung soll unser abendländisches Wesen auslöschen!"

Tomas Sager

„Heldengedenktag“

Das „Deutsche Rechtsbüro“ rät zu „Spontandemonstrationen“.

Der Volkstrauertag, zur NS-Zeit „Heldengedenktag“ genannt, naht. Der Gedenktag wird seit Jahren von der extremen Rechten missbraucht, um das NS-Regime im revisionistischen Sinne von der Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg zu entlasten und die Wehrmacht zu glorifizieren. Rechtsextremisten begehen den Tag mit öffentlichen Gedenkfeiern oder szenetypischen Veranstaltungen und Kranzniederlegungen.

„In der Vergangenheit“, so heißt es nun in einer Stellungnahme des „Deutschen Rechtsbüros im Deutschen Rechtsschutzkreis e.V.“ vom 17. Oktober, „hatten solche Aktionen oft unangenehme Folgen, weil die Behörden darin eine Versammlung sahen, die fehlende Anmeldung beanstandeten und gegen den Leiter dieser nicht angemeldeten Versammlung ein Strafverfahren einleiteten und es so zu einer strafrechtlichen Verurteilung kam“. Dieses Vorgehen sei „durchaus rechtsmäßig“, meint Klaus-C. Holmar im Schreiben des „Rechtsbüros“. Holmar legt den „Kameraden“ deshalb so genannte „Spontandemonstrationen“ nahe. Diese seien dann gegeben, „wenn sie sich aus aktuellem Anlass ungeplant und ohne Veranstalter augenblicklich bilden“. „Fahrzeuge, Megaphone, Rednerpulte, Spruchbänder, Fahnen usw.“ dürfen laut Holmar jedoch nicht eingesetzt werden. Holmar ist bislang in der Szene nur durch Aktivitäten für das „Deutsche Rechtsbüro“ und zwei juristische Beiträge in den Zeitschriften „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ sowie „Nation&Europa“ in Erscheinung getreten. Postalisch residiert das „Deutsche Rechtsbüro im Deutschen Rechtsschutzkreis e.V.“ unter der Postfachanschrift der NS-apologetischen „Unabhängigen Nachrichten“ in Bochum.

Die Domain des „Rechtsbüros“ hält die szenebekannte Hamburger Rechtsanwältin Gisa Pahl (alias Gisela Sedelmaier). Pahl (Jg. 1957) arbeitete einst in der Kanzlei des Neonazis Jürgen Rieger und engagierte sich beim „Bund Heimattreuer Jugend“. Später gehörte sie den Republikanern an. Als Anwältin stand sie verschiedenen Rechtsextremisten, darunter der NPD-Chef Udo Voigt, zur Seite.

Anton Maegerle

„Ruhm und Ehre“

Rechtsextremer Aufmarsch in Halbe geplant – Behörden verhängen Auflagen.

Für den 14. November dieses Jahres plant ein rechtes Bündnis im brandenburgischen Halbe, wo sich einer der größten Soldatenfriedhöfe des Zweiten Weltkriegs befindet, einen Aufmarsch unter dem Motto „Ruhm und Ehre den deutschen Frontsoldaten und den europäischen Freiwilligen“. Nach Angaben der „Berliner Morgenpost“ wurde die Demonstration, zu der bis zu 400 Teilnehmer erwartet werden, von dem langjährigen Aktivisten in Norddeutschland und Mitinitiator der Kameradschaft „Festungsstadt Rostock“ Lars J. angemeldet. Damit soll an die Jahre 1990 und 1991 sowie 2003 und 2006 angeknüpft werden, als jeweils mehrere hundert Rechtsetremisten in Halbe aufmarschierten. Nach einer Änderung des Brandenburger Gräbergesetzes im Jahr 2006 war ein legales Auftreten der Rechten nicht mehr möglich. Im Jahr 2008 haben sich etwa 80 Rechtsextremisten unangemeldet in Halbe getroffen.

In diesem Jahr agiert der Freundeskreis Halbe, in dem sich die Rechten koordinieren, offensiv gegen das Demoverbot. „Gerade die großen Veranstaltungen, die für unsere Bewegung von Bedeutung sind, müssen verteidigt werden. Es gilt zu zeigen, dass in unseren Adern das gleiche Blut fließt wie in den tapferen Soldaten, die auf dem Gräberfeld von Halbe begraben liegen.“ Auf extra für den Aufmarsch produzierten Kleidungsstücken, die auf der rechten Homepage sowohl als „Soli-T-Hemd“ als auch als T-Shirt bezeichnet werden, prangt unter dem Aufdruck Ehre, Treue und einem Wehrmachtshelm der Spruch: „Brüder, wir tragen im Herzen Eurer stumm Gebot“.

Mittlerweile haben im Brandenburger Landtag die Fraktionen von SPD, Grünen und Die Linke eine „Erklärung für ein tolerantes und demokratisches Brandenburg“ verfasst, in der zu Gegenaktionen in Halbe aufgerufen wird. Verschiedene regionale Initiatoren planen unter dem Motto „Vielfalt tut gut“ für den 14. November einen Aktionstag in Halbe. Um Kollisionen zu vermeiden, haben die Behörden daher den Aufmarsch der Rechtsextremisten per Auflage auf den Bahnhofsbereich des Ortes beschränkt.

Peter Nowak

Prügel und Randale

Rechtsextreme „Fußballfans" gehen immer wieder gewalttätig gegen gegnerische Gruppen oder Einzelpersonen vor. In manchen Fällen werden die Opfer auch schwer verletzt.

Rechtsextreme Gewaltexzesse, Übergriffe auf Polizeibeamte, rassistische und antisemitische Beleidigungen sowie Beschimpfungen am Rande von Fußballspielen sind nahezu alltäglich. Nach den Worten des Vorsitzenden der Länder-Innenministerkonferenz, Bremens Innensenator Ulrich Mäurer (SPD), gibt es beim Fußball „Situationen wie beim Bürgerkrieg". Nachstehend dokumentiert bnr.de Vorfälle aus den vergangenen zehn Monaten:

Mit Eisenstangen, Holzlatten und Steinen bewaffnete Neonazis und Hooligans attackierten am 24. Oktober während des Kreisklassespiels FSV Brandis gegen Roter Stern Leipzig (RSL) in Brandis bei Grimma in Sachsen Spieler, Verantwortliche und Fans des RSL. Drei Personen aus den Reihen des als linksalternativ geltenden RSL wurden zum Teil schwer, weitere Personen leicht verletzt. Ein Opfer verlor durch den Angriff beinahe sein Augenlicht. Bei dem Übergriff brüllten die rund 50 Neonazis Rufe wie „Scheiß Zecken" und „Scheiß Rote". Kurz nach dem Neonaziüberfall wurde das Spiel abgebrochen. Die Polizei ermittelt wegen Landfriedensbruch und schwerer Körperverletzung. (Presseerklärung Roter Stern Leipzig vom 24. Oktober 2009) Nach einem Kreisligaspiel zwischen dem SSV Kulkwitz und der BSG Chemie Leipzig am 4. Oktober in Leipzig wurde ein linker Fußballanhänger von Neonazis mit dem Auto angefahren und schwer verletzt. Dem Opfer wurden beide Kniescheiben zerborsten und die Schulter ausgekugelt. Dem versuchten Totschlag gingen heftige Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der BSG Chemie und Personen aus dem Umfeld der NPD und der „Freien Kräfte" voraus. (www.spiegel.de vom 6. Oktober / taz vom 7. Oktober)

Nach dem Regionalligaspiel Halle gegen Magdeburg am 26. September in Halle lockten mehr als 50 Gewalttäter Polizeibeamte in einen Hinterhalt und griffen sie danach aus mehreren Richtungen an. 16 Polizisten wurden verletzt. („Mitteldeutsche Zeitung" vom 29. September) In der Halbzeitpause des Regionalliga-Spiels zwischen Waldhof Mannheim und dem 1. FC Kaiserlautern am 2. September in Mannheim wurden Polizisten von 200 Mannheimer Anhängern angegriffen und mit Steinen beworfen. Die Schreckensbilanz: acht verletzte Polizisten und 50 000 Euro Sachschaden. (www.netzzeitung.de vom 3. September)

Feuerwerkskörper und Bierflaschen auf Polizisten

In der Halbzeitpause der Stadtligapartie Motor II gegen Roter Stern Halle am 15. August prügelte in Halle eine Gruppe von Schlägern auf Zuschauer ein. Bei dem Übergriff wurden Anhänger des linksalternativen Klubs Roter Stern von den Schlägern beschimpft. Dabei sollen Ausrufe wie „Ihr seid Zecken, ihr seid die neuen Juden, wir machen euch weg", gefallen sein. Die Täter sollen Quarzhandschuhe getragen haben. („Mitteldeutsche Zeitung" vom 18. August)

Rechtsextreme Fußballfans des Chemnitzer FC überfielen am 20. März in Hannover einen Passanten mit dunkler Hautfarbe. Die Mannschaft von Hannover 96 II hatte an dem Abend den Chemnitzer FC erwartet. („Hannoversche Allgemeine" vom 21. März). Am 28. Februar gab es zwischen Hooligans vor und nach dem Bundesligaspiel zwischen dem Karlsruher KSC und dem VfB Stuttgart rund um den Wildpark heftige Randale. Es flogen immer wieder Flaschen und Feuerwerkskörper. Berittene Polizeibeamte und Hundestaffeln kamen zum Einsatz. Mehr als 1000 Sicherheitskräfte mussten eingesetzt werden. (BNN vom 2. März) Vor dem Lokalderby zwischen Schalke und Dortmund am 21. Februar attackierten Dortmunder Desperados (BVB-Fans) die Einsatzkräfte der Polizei mit Feuerwerkskörpern und Bierflaschen. Allein 122 Fans der Gruppierung Desperados wurden festgenommen. („Ruhr Nachrichten" vom 23. Februar)

Der Senegalese Babacar N`Diaya, Fußballer des SV Babelsberg, wurde am 27. Januar bei einem Testspiel in Berlin gegen Hertha BSC von einem Berliner Fan rassistisch beschimpft. („Tagesspiegel" vom 30. Januar) Am 31. Januar berichteten die Medien, dass Schalkes Ex-Nationalstürmer Gerald Asamoah im Pokal-Achtelfinale bei Carl Zeiss Jena rassistisch beleidigt worden sei. (www.welt.de vom 31. Januar 2009)

Anton Maegerle

Neue Allianzen

Der französische Front National und die ungarische Jobbik schließen sich mit kleinen rechtsextremen Parteien aus Belgien, Italien und Schweden zu einer „europäischen nationalen Bewegung" zusammen.

Am letzten Sonntag im Oktober wurde in Budapest ein neuer Zusammenschluss rechtsextremer Parteien auf EU-Ebene der Öffentlichkeit vorgestellt. Er nennt sich im Französischen – zwei der derzeit fünf beteiligten Parteien sind französischsprachig – „Alliance des mouvements nationaux européens", also „Bündnis der europäischen nationalen Bewegungen".

Die neue Allianz, so erklärte der stellvertretende Vorsitzende der ungarischen rechtsextremen Partei „Jobbik" („Die Bessere") und Europaparlamentarier Zoltan Balczo gegenüber der Presse, solle alsbald in Brüssel oder Straßburg als neue EU-weite Partei registriert werden. Ihr Gegenstand sei es unter anderem, „Europa gegen den religiösen, politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Imperialismus zu schützen" – wie es in einer Neun-Punkte-Erklärung heißt, die von den in Budapest versammelten Parteien angenommen wurde. Die supranationalen Strukturen der EU werden abgelehnt, ebenso der „Globalismus".

Auswahl von Ort und Datum blieben mitnichten dem Zufall überlassen. Eine der Hauptkräfte in der neuen Allianz ist die ungarische Partei „Jobbik", weshalb die Wahl leicht auf Budapest fiel. Und das Datum vom 25. Oktober 2009 fällt in die Periode, in der alljährlich das Gedenken an den Aufstand von Ende Oktober 1956 gegen die damalige sowjetische Besatzungsmacht gefeiert wird. Der französische rechtsextreme Politiker Jean-Marie Le Pen hatte sich vor diesem Hintergrund schon am 26. und 27. Oktober 1996 in Budapest aufgehalten und seinerzeit auf einer Großkundgebung gesprochen. Einlader war damals allerdings die ungarische „Partei der Wahrheit und des Lebens" (MIEP) des antisemitischen Schriftstellers Istvan Csurka. Letztere ist inzwischen in der Bedeutungslosigkeit versunken, während die – 2003/2004 zum Teil aus einer Abspaltung von der MIEP entstandene – rechtsextreme Bewegung „Jobbik" in den Mittelpunkt rückte.

„Jobbik", die bei den Europaparlamentswahlen im Juni dieses Jahres in Ungarn 14,77 Prozent der Stimmen und drei Sitze in Straßburg erhielt, zählt derzeit zu den mit Abstand dynamischsten rechtsextremen Parteien in Europa. Ihre paramilitärische „Ungarische Garde" wurde hingegen offiziell verboten. Neben dem französischen Front National (FN), für den der Europaparlamentier und Parteivize Bruno Gollnisch nach Budapest anreiste, ist „Jobbik" die tragende Hauptkraft der neuen Allianz. Beide Parteien nähern sich auch dadurch einander an, dass sie in außenpolitischen Fragen heute eine eher antiwestlich-antisemitisch geprägte Linie vertreten. Dies unterscheidet sie von eher pro-amerikanisch und pro-israelisch orientierten Rechtsparteien, wie der erfolgreichen niederländischen „Freiheitspartei" (PVV) des Moslemhassers Geert Wilders. Auch die in Deutschland auf regionaler Ebene erfolgreichen Rechtspopulisten von „Pro Köln" rücken vorwiegend die Agitation gegen „den Islam" in den Vordergrund.

Extreme Abspaltungen

Die übrigen drei Parteien, die der frisch gegründeten europäischen Allianz derzeit angehören, sind eher schwächere Parteien und kleinere Abspaltungen von einflussreicheren Rechtskräften. Dies gilt für die italienische Partei Fiamma tricolore (benannt nach der dreifarbigen italienischen Nationalflagge): Die Fiamma tricolore ist ein „traditionell" orientierter Überrest des früheren neofaschistischen MSI („Italienische Sozialbewegung"), der die 1995 unter Gianfranco Fini vollzogene Umwandlung in eine rechtskonservative und „regierungsfähige" Partei unter dem Namen Alleanza Nazionale nicht mitvollzogen hatte.

Auch die ebenfalls beteiligten schwedischen „Nationaldemokraten" (Nationaldemokraterna) sind von diesem Kaliber. Bei ihnen handelt es sich um eine extreme Abspaltung der „Schwedendemokraten" (SD, Sverigedemokraterna). Die Rechtspopulisten von der SD sind derzeit recht erfolgreich, und es wird vermutet, dass sie bei den schwedischen Parlamentsjahren in knapp einem Jahr die dort geltende Vier-Prozent-Hürde überwinden dürften. Bei den Wahlen 2006 waren sie noch mit 2,93 Prozent an ihr gescheitert. Die extremen „Nationaldemokraten" hingegen wurden bislang von 0,1 Prozent gewählt. Noch dazu sind die SD in jüngster Zeit auf dem Weg, ihren Einfluss zu steigern: Vor wenigen Tagen veröffentlichte die

auflagenstarke Tageszeitung „Aftonbladet" einen Gastbeitrag ihres Vorsitzenden Jimmie Akesson, in dem dieser offen gegen Moslems – „die größte ausländische Bedrohung Schwedens seit Ende des Zweiten Weltkriegs" – hetzen konnte. Seitdem tobt die Debatte darüber, ob es besser sei, die extremen Rechten nicht zur Kenntnis zu nehmen, oder aber, ob Ausgrenzung sie nur stärke und man sie deswegen zu Wort kommen lassen müsse.

Verhandlungen mit der FPÖ und der British National Party

Die fünfte Partei im neuen Bund, der belgische Front National (FN) – der in Wallonien, dem französischsprachigen südlichen Landesteil, verankert ist und dort Wahlergebnisse zwischen 4 und 8 Prozent erhielt – wurde 1985 nach dem Vorbild der gleichnamigen französischen Partei gegründet. In den letzten Jahre war der belgische FN allerdings eher ein Sorgenkind für die Franzosen. Abspaltungen und Skandale etwa um Holocaust-Leugner erschütterten die Reputation der Partei. Noch im Vorfeld der diesjährigen Europaparlamentswahl stritten sich zwei Hälften gerichtlich um das Recht, den Parteinamen führen zu dürfen.

Wie Jobbik-Vertreter in Budapest vor der Presse erklärten, seien „Verhandlungen im Gange", um auch den Beitritt anderer Rechtskräfte zu der neuen rechtsextremen Allianz zu erzielen. Als Ansprechpartner nannten sie dabei besonders die British National Party (BNP), die FPÖ sowie „Parteien in Spanien und Portugal".

Die FPÖ unter Heinz-Christian Strache pflegt offiziell keinerlei Kontakte zur rechtsextremen Jobbik in ihrem Nachbarland Ungarn. Vermutlich geht man nicht zuletzt davon aus, dass das die FPÖ, die selbst wiederholt zu Vorwürfen aufgrund von Antisemitismus Anlass gegeben hat, zu stark belasten würde. Hingegen unterhält die britische BNP unter Nick Griffin im Europaparlament, in welches sie im Juni 2009 zum ersten Mal (mit 6,2 Prozent der Stimmen) einzog, erklärtermaßen Verbindungen auch zu Jobbik. Der BNP-Vorsitzende Nick Griffin wurde am 22. Oktober erstmals in eine Abendsendung der BBC eingeladen. Die Sendung sorgte für einen veritablen Eklat und protestierende Demonstrantinnen und Demonstranten drangen bis ins Foyer der Fernsehanstalt in London vor.

Bernhard Schmid

Landesweite Großrazzia

Polizeiaktion gegen tschechische Neonazi-Szene.

Bei einer wochenlang vorbereiteten Razzia hat die tschechische Polizei am 22. Oktober zeitweilig bis zu 28 Neonazis landesweit festgenommen. Zeitgleich schlug die Polizei in Städten wie Prag, im südböhmischen Ceske Budejovice (Budweis) oder im mährischen Hodonin (Göding) zu. Neben Propagandamaterial wurden auch Computer beschlagnahmt. Die Razzia richtete sich unter anderem gegen Spitzen der 2003 gegründeten Partei Delnicka strana (DS „Arbeiterpartei"). Delnicka strana hält enge Kontakte zur NPD und gilt als besonders aggressiv und gewalttätig. Bei der Wahl zum Europäischen Parlament lieferte Delnicka strana Schlagzeilen weit über die Grenzen Tschechiens hinaus. Das Tschechische Fernsehen strahlte einen DS-Wahlspot aus, in welchem die Partei die „Endlösung der Zigeuner-Frage" versprach.

Bei der Razzia wurde unter anderem Patrik Vondrak verhaftet, der Prager DS-Spitzenkandidat für die bevorstehenden Wahlen. Vondrak ist einer der umtriebigsten Neonazis in Tschechien und zugleich wichtiges Bindeglied zwischen der tschechischen und deutschen Neonazi-Szene. 2004 nahm Vondrak am Heß-Gedenkmarsch in Wunsiedel teil. Im Folgejahr demonstrierte er in Prag für die Freilassung des in Deutschland einsitzenden Holocaust-Leugners Ernst Zündel. 2006 war Vondrak Anmelder einer Demonstration vor der israelischen Botschaft in Prag. Im April 2009 demonstrierte er gegen die Ausweisung des US-Amerikaners David Duke, vormals Grand Wizard der Knights of the KuKluxKlan. Am 23. Mai weilte Vondrak bei einer Neonazi-Demonstration in München, die unter dem Motto „60 Jahre Grundgesetz – ständiger Abbau von Bürgerrechten – Paragraf 130 abschaffen!", stattfand. Als Redner zugegen war Vondrak auch beim 4. „Fest der Völker" im thüringischen Pößneck im September.

In Polizeigewahrsam genommen wurde auch Michaela Dupova, die der Führungsmannschaft der im Sommer 2007 gegründeten Frauenkameradschaft „Resistance Women Unity" (RWU) angehört. Die RWU unterhält freundschaftliche Kontakte zur NPD-Organisation „Ring nationaler Frauen".

Anton Maegerle

Mit Sozialstaat gegen Rechts

Diskussionsveranstaltung in der Friedrich-Ebert-Stiftung zu Wirtschaftskrise und Rechtsextremismus.

Dass sich Geschichte nicht exakt wiederholt, war Konsens bei der Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung „Die extreme Rechte als Gewinner der Krise? – Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise für Demokratie und Gesellschaft“ Ende Oktober in Berlin. Gleichwohl gebe es erstaunliche Parallelen zwischen den Weltwirtschaftskrisen von 1929 und von heute, stellte Professor Christoph Butterwegge, Köln, in seinem einleitenden Vortrag fest.

„Damals hat man vorschnell behauptet, dass die Krise überwunden sei, und wurde kurz darauf mit den dramatischen Folgen wie Massenarbeitslosigkeit, verbreiteter Armut und Machtübernahme durch die Nazis konfrontiert. Auch in der aktuellen globalen Wirtschaftskrise stehen uns zunehmende Arbeitslosigkeit und weiterer Sozialabbau noch bevor.“ In wieweit solche Entwicklungen heute den Rechtsextremismus stärkten, lasse sich hingegen schwer abschätzen. Christoph Butterwegge: „Verschärfte Konkurrenz um Arbeitsplätze und ausgeweitete Armut können dazu führen, dass mehr Menschen sich rechtsextremistisch orientieren, aber sie müssen es nicht zwingend.“ Zudem befänden sich die rechtsextremistischen Parteien derzeit selbst in einer Krise.

Entscheidender für eine Stärkung extrem rechter Ideen sind nach Einschätzung Butterwegges die schleichenden gesellschaftlichen Veränderungen in der Bundesrepublik Deutschland. Gekennzeichnet sei dieser Prozess durch einen allmählichen Sozialabbau ebenso wie durch die verstärkte Kluft zwischen Arm und Reich. „Die neue Regierungskoalition wird diese Entwicklungen weiter vorantreiben“, so Butterwegge. „Und in einem rauer werdenden gesellschaftlichen Klima mag die Hinwendung zu rechtsextremistischen Gruppierungen und nationalistischen Ideen manchem den vermissten Zusammenhalt suggerieren.“

Darüber hinaus gebe es eine Stärkung des extrem rechten Spektrums, das sich eng mit neoliberalen Ideen verbunden fühle und selbst als Globalisierungsgewinner verstehe. „Hierzu zählen Teile aus dem Lager der Republikaner wie auch der PRO-Bewegung.“ Diese Strömung könne gut mit dem „Neoliberalismus light“ der schwarz-gelben Koalition leben. Wirtschaftspolitisch zeigten sich hier starke Übereinstimmungen. „Es fällt auf, dass in der Koalitionsvereinbarung von CDU/CSU und FDP ständig die Begriffe Wirtschaft, Unternehmen und Standort auftauchen, aber an keiner Stelle von Kinderarmut die Rede ist“, erklärte Christoph Butterwegge. Auf Dauer könne Demokratie aber nur Bestand haben, wenn der Sozialstaat gestärkt werde.

Größer werdende Spaltung zwischen Arm und Reich gerade im Bildungsbereich

In der anschließenden Diskussion stand zunächst das Thema Gewalt im Mittelpunkt. Die CDU habe Schwierigkeiten, sich mit von Rechtsextremisten begangener Gewalt auseinanderzusetzen, stellte Uwe-Karsten Heye, „vorwärts“-Chefredakteur und Vorsitzender des Vereins „Gesicht zeigen!“, fest. Deshalb habe er einen Brief an die Bundesminister Thomas de Maizière und Ursula von der Leyen geschrieben, in dem er darauf hinweise, dass auch nach den schlechten Wahlergebnissen für rechtsextremistische Parteien bei den Bundestagswahlen vom 27. September die Gefahr durch den Rechtsextremismus keineswegs gebannt sei. Heye führte den Bildungsaspekt in die Diskussion ein, um zu untermauern, in welchem Ausmaß Konkurrenzdenken bereits im Kindesalter gefördert werde. „Mit Frühförderung, Nachhilfe und Turboabitur stehlen wir unseren Kindern die Kindheit.“ Und letztlich tue sich gerade im Bildungsbereich eine größer werdende Spaltung zwischen Arm und Reich auf, die wiederum die Hinwendung zu rechtsextremistischen Ideen fördern könne.

Berlins Innensenator Erhart Körting betonte die Bedeutung, die Zivilgesellschaft zu stärken, was in der Hauptstadt bisher durch sehr viele Projekte gegen Rechts gut gelungen sei. Die Bundestagsabgeordnete Gabriele Fograscher, Sprecherin der AG Rechtsextremismus der SPD-Bundestagsfraktion, bedauerte, dass die SPD nach dem Regierungswechsel die Fortführung solcher Projekte kaum noch beeinflussen könne. Gleichwohl werde sie sich weiterhin für eine kontinuierliche Arbeit gegen Rechts stark machen, sagte Fograscher.

Gudrun Giese

KZ-Häftlinge als Pfand

Am 1. November 1944 – vor 65 Jahren – befahl Heinrich Himmer, die Gasmorde in Auschwitz einzustellen. Der SS-Chef suchte nach Möglichkeiten, seinen Kopf zu retten.

Bei Rückblicken in die deutsche Zeitgeschichte kommt man nicht daran vorbei, zu untersuchen, wie das Ende des Zweiten Weltkrieges vor 65 Jahren ablief. Es mag zwar darüber diskutiert werden, ob die zwölf NS-Jahre noch zur Zeitgeschichte gerechnet werden können oder nicht. Auf der anderen Seite gehört es aber auch zur frühen Nachkriegsgeschichte, zu schildern, wie dieser Krieg zu Ende ging und sich aus ihm der Kalte Krieg entwickelt hat. Beides gehört zusammen.

Anlass zu einem Rückblick bietet der 1. November 1944. An diesem Tag vor 65 Jahren befahl SS-Chef Heinrich Himmler, die Gasmorde im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau einzustellen, Spuren zu verwischen und die Auflösung des Lagers einzuleiten. Dieses Datum allein sagt allerdings fast nichts über den Stand des Zweiten Weltkrieges in Europa aus.

Deutschland schrumpfte Ende 1944 von Woche zu Woche mehr zusammen. Sowohl im Westen als auch im Osten standen die Alliierten an den Grenzen des „Dritten Reiches“. Die alliierte Landung in der Normandie im Sommer 1944 hatte zu einem vollen Erfolg geführt. Im Osten stand die Rote Armee an der Oder. Am Himmel konnte sich kein deutsches Flugzeug mehr sehen lassen. Die Lufthoheit hatten die Westmächte längst erobert. Es war also nur noch eine Frage der Zeit, wann Deutschland kapitulieren musste. In Berlin begann die „Elite“ des Reiches darüber nachzudenken, was nach dem alliierten Sieg kommen werde. Heinrich Himmler, der mächtigste Mann hinter Hitler, glaubte, eine wirkliche Chance zu haben, von den Siegermächten als Verhandlungspartner akzeptiert zu werden. Sein „Pfand“: die Gefangenen in den Konzentrations- und Vernichtungslagern. Eines dieser Pfande hatte Himmler im Herbst 1944 bereits verloren: Majdanek. Das Lager mit seinen Vernichtungsanlagen war bereits im Sommer von der schnell nach Westen vorrückenden Roten Armee befreit worden. Nun stand die Befreiung der anderen Vernichtungslager bevor: Belzec, Treblinka, Sobibor und eben Auschwitz, das größte und am meisten berüchtigte Lager.

Himmler hatte es zu der Zeit neben seinem Rang als SS-Chef zu weiteren mächtigen Ämtern gebracht. 1943 hatte Hitler ihn zum Reichsinnenminister ernannt. Nach dem leider fehlgeschlagenen Attentat in der ostpreußischen „Wolfsschanze“ am 20. Juli 1944 war er zum Befehlshaber des Ersatzheeres ernannt worden. Mächtiger als er war nun im NS-Staat nur noch Hitler persönlich. Himmler sah das Ende des Reiches selbstverständlich am Horizont herandämmern und suchte nun nach Möglichkeiten, seinen Kopf zu retten. Dabei wollte er im Osten weiter gegen den „jüdischen Bolschewismus“ kämpfen, im Westen dagegen schwebte ihm eine Allianz mit den anderen Kriegsgegnern vor. Das Einzige, was er richtig vorhersah, war der anstehende Kalte oder Heiße Krieg zwischen dem kommunistischen Ostblock und dem demokratischen Westen. Den ersten Schritt wagte Himmler in Ungarn. Angesichts des bevorstehenden Winters bot er Vertretern jüdischer Organisationen an, KZ-Häftlinge gegen winterfeste LKWs zu tauschen. Das Angebot wurde empört zurückgewiesen. Zuvor hatte Himmler mit der „Aktion 1005“ befohlen, sämtliche Spuren von Massenmorden zu beseitigen.

Der nächste Schritt brachte ihn mit dem Roten Kreuz zusammen. Dem Chef des Schwedischen Roten Kreuzes, Graf Folke Bernadotte, machte der Reichsführer-SS Himmler die Offerte, KZ-Häftlinge nach Schweden ausreisen zu lassen. Dabei sollte Graf Bernadotte bei den Alliierten erkunden, ob diese bereits seien, mit ihm, Himmler, Friedensverhandlungen aufzunehmen. Gleichzeitig ließ er erkunden, ob der Oberbefehlshaber der alliierten Truppen im Westen, US-General Eisenhower, bereit sei, mit Himmler über einen Frieden zu verhandeln. Die Antwort: Das sei ein Hirngespinst und jenseits jeder Realität.

In diesem Zusammenhang steht die Anweisung, die Gasmorde in Auschwitz zu beenden und die Vernichtungsanlagen zu beseitigen. Ob Himmler wirklich hoffte, mit dieser Offerte den Verhandlungstisch zu erreichen, ist ungeklärt. Es gibt dafür keine Unterlagen. Derweil überstürzten sich die Ereignisse an den Fronten. Dennoch dauerte es noch ein halbes Jahr, ehe die deutsche Kapitulation besiegelt wurde.

Heiner Lichtenstein

MELDUNGEN

Parteikarriere

Limbach-Oberfrohna – Holger Apfel, Fraktionschef der NPD im Dresdner Landtag, ist nun auch Landesvorsitzender seiner Partei in Sachsen. Apfel wurde bei einem Parteitag am letzten Wochenende im Oktober in Limbach-Oberfrohna mit 48 von 64 Stimmen in dieses Amt gewählt. Elf Delegierte stimmten gegen ihn. Apfels Vorgänger Winfried Petzold, hatte zuvor erklärt, nicht mehr als Landesvorsitzender zur Verfügung zu stehen. Petzold, der 13 Jahre lang dieses Amt innegehabt hatte, wurde bei fünf Gegenstimmen zum Ehrenvorsitzenden gewählt. Stellvertretende Landesvorsitzende sind der Landtagsabgeordnete Johannes Müller aus der Sächsischen Schweiz, der Leipziger Kreisvorsitzende Helmut Herrmann und – erstmals in dieser Runde - Mario Löffler, der Kreisvorsitzende im Erzgebirge. (ts)

Gewerbe im „Club 88"

Neumünster – Seit nunmehr 13 Jahren existiert der Neonazi-Treffpunkt „Club 88" im schleswig-holsteinischen Neumünster, betrieben von der unweit wohnenden Christiane Dolscheid. Seit kurzer Zeit hat dort offenbar aber noch ein Gewerbe Einzug gehalten. Wenn man einem Interneteintrag von Alexander Hardt Glauben schenken darf, ist dessen Büroanschrift identisch mit dem „Club 88". Hardt bietet als Dienstleistung so genannte Polenschlüssel jeglicher Art an. Bei Wikipedia heißt es unter dem Begriff: „Polenschlüssel ist eine umgangssprachliche Bezeichnung für eine Art Generalschlüssel, der von Autodieben benutzt wird, um ein Kraftfahrzeug zu entwenden." Hardt, der in Neustadt/Holstein als Neonazi in Erscheinung trat und gegen den deshalb auch Polizei und Justiz bereits aktiv waren, hat inzwischen seine Zelte in Neumünster aufgeschlagen. Unter anderem ist er auch in der Nähe des gewaltbereiten früheren NPD-Landesvorsitzenden Peter Borchert anzutreffen und teilt mit diesem die neue Leidenschaft, sich bei der berüchtigten Rockerclique „Bandidos" zu engagieren. (am)

„Die Feierlaune verderben"

Köln – „Pro Köln" plant für den 7. November eine Demonstration vor der Baustelle im Stadtteil Ehrenfeld, auf der eine neue Moschee entstehen soll. An diesem Tag wird um 11.00 Uhr der Grundstein für den Neubau gelegt. Eine Stunde vorher soll die „große Kundgebung", so die Rechtspopulisten in ihrer Ankündigung, beginnen. Sie stehe unter dem Motto „Grundgesetz statt Scharia – Nein zur Kölner Großmoschee". „Wir werden an diesem symbolträchtigen Tag der anreisenden deutschen und türkischen Politprominenz zeigen, was die einheimische Bevölkerung wirklich denkt!", tönt der „pro Köln"- und „pro NRW"-Vorsitzende Markus Beisicht. „Den hohen Herrschaften der türkisch-islamischen DITIB, den türkischen Ministern und Würdenträgern sowie ihren Helfershelfern in der einheimischen Politik" werde man „ordentlich die Feierlaune verderben", heißt es bei „pro Köln". (ts)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de